

## **Veranstaltungsbericht**

### **Afghanistan: Internationale Verantwortung zum Handeln**

Trotz des militärischen und zivilen Engagements der internationalen Gemeinschaft steigen in Afghanistan die zivilen Opferzahlen, boomt die Drogenökonomie und schwindet die Legitimität des Parlaments. Wohin also steuert Afghanistan? Und was sind Perspektiven für die Sicherheit und den Wiederaufbau in der Region? Diese Fragen diskutierten am 2. Juli 2007 vier deutsche und internationale ExpertInnen auf dem Podium „Neue Perspektiven für Sicherheit und Wiederaufbau in Afghanistan“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Dass es demokratische Institutionen gebe und Wahlen abgehalten wurden, das wertet auch der afghanische Abgeordneter und Vorsitzender der „Afghanistan Democratic Party“, **Abdul Kabir Ranjbar** als Erfolg. Dennoch sei die Zusammensetzung des Parlaments fragwürdig. Noch immer seien zahlreiche Warlords in diesem Gremium vertreten. Deren Entwaffnung und die Etablierung funktionsfähiger, rechtsstaatlicher Strukturen sieht er als die zentralen Herausforderungen für die Zukunft.

**Grant Kippen**, Direktor der kanadischen Hillbrooke Group und ehemaliger Landesdirektor von NDI Afghanistan, plädierte daher dafür, die politischen Institutionen weiter zu stärken. Hierfür sei ein dauerhaftes Engagement der internationalen Gemeinschaft und deren Bekenntnis zum demokratischen Aufbau gefragt.

**Ursula Koch-Laugwitz**, Leiterin des FES-Büros in Kabul, hob hervor, dass es illusorisch sei, das „Haus of Warlords“ innerhalb einer Wahlperiode zu einem zum „Haus of Lords“ bekehren zu können. Umso wichtiger sei das verstärkte zivile Engagement der internationalen Gemeinschaft, denn: „Die nachhaltigsten Feinde der Taliban sind Lehrer – nicht Soldaten.“

Einig waren sich die DiskutantInnen, dass man der Bevölkerung in Deutschland und anderen am Wiederaufbau beteiligten Ländern besser und kontinuierlicher erklären müsse, warum man sich in Afghanistan engagiere und welche Gründe dafür sprächen. Eine zentrale Botschaft müsse auch immer sein, der afghanischen Bevölkerung zu signalisieren, dass die internationale Gemeinschaft an ihrer Seite steht und Deutschland ein verlässlicher Partner auf dem Weg zur Demokratie ist.